

Macrons Parlaments-Mehrheit zerbröselt / In kaum einem anderen EU-Land ist das Vertrauen in die Staatsführung angesichts der Corona-Krise so gering wie in Frankreich / Clash zwischen Macron und Krankenhaus-Bediensteten bei Spitalsbesuch

Eine linksökologische Abspaltung bringt Macrons Partei um ihre absolute Mehrheit im Parlament. Die Regierung bewahrt aber durch ihr Bündnis mit zwei weiteren Zentrumsparteien ihre Handlungsfähigkeit. In allen Umfragen äußern rund zwei Drittel der Franzosen ihr Misstrauen gegenüber der Staatsführung bezüglich der Bewältigung der Epidemie – während andere EU-Staatsmänner, darunter so irrlichternde Persönlichkeiten wie etwa Boris Johnson, ungetrückt hohe Zustimmungswerte erzielen.

Danny Leder, Paris

Eigentlich hätte Emmanuel Macron, der vor genau drei Jahren den Elysée eroberte, jetzt erstmals wieder seit langem einen zumindest ansatzweisen Durchbruch auf EU-Ebene verbuchen und innenpolitisch ausschlichten können: die am Montag gemeinsam mit Angela Merkel präsentierte Initiative für einen Anti-Krisen-Plan der EU zur ökonomischen Wiederankurbelung der am meisten gebeutelten Mitgliedsstaaten, Regionen und Wirtschaftssektoren. Die für diesen Wiederaufbau-Fonds vorgesehenen 500 Milliarden Euro sollten, so forderten Macron und Merkel, erstmals durch eine gemeinsame Anleihe der EU aufgebracht und den Empfängern als Subvention – also ohne Rückzahlungspflicht – überantwortet werden.

Aber ausgerechnet am Tag nach dieser historischen Ankündigung (und ohne Zusammenhang dazu) verlor die Partei von Macron, die LREM („La République en Marche“ - Die Republik in Bewegung), ihre absolute Mehrheit in der Nationalversammlung, dem Unterhaus des französischen Parlaments. 17 vormalige LREM-Abgeordnete haben eine eigenständige linksökologische Fraktion gebildet. Macrons Partei hat damit nur noch 288 Stimmen in der Volksvertretung. Für eine absolute Mehrheit sind 289 Sitze nötig.

Die von Macron ernannte Regierung hat dadurch aber noch nicht ihre Handlungsfähigkeit eingebüßt, weil die LREM weiterhin mit der relativ sicheren Unterstützung von zwei anderen Zentrumsparteien rechnen kann. Außerdem versteht sich die abgespaltene Fraktion (Name: „*Ökologie, Demokratie, Solidarität*“) nicht als regelrechte Oppositionskraft, sondern bewahrt eine kritische Nähe zum Regierungslager.

Für den liberalen Präsidenten handelt es sich aber trotzdem um ein symbolträchtiges Zeichen für das Zerbröseln seiner Partei. Schon zuvor waren Parlamentarier abgesprungen, die der LREM „Kasernenhof-Disziplin“ vorgeworfen hatten und gegenüber Macrons politischen Entscheidungen auf Distanz gegangen waren – sei es nun wegen der Verschärfung der Einwanderungsbestimmungen oder des ziemlich wirtschaftsliberalen Kurses der Staatsführung.

Darüber hinaus mehren sich auch in den verbliebenen Reihen des Regierungslagers die Stimmen, die eine soziale Wende und namentlich die Wiedereinführung der Vermögenssteuer fordern. Macron hatte die ursprünglich geltende Vermögenssteuer (ab 1,3 Millionen Euro) nach seinem Amtsantritt auf eine Immobilien-Vermögenssteuer eingeeengt.

Besonders fatal ist aber die überwiegend negative Einstellung der Bevölkerung: laut Umfragen vertraut nicht einmal ein Drittel der Franzosen ihrer Staatsführung angesichts der Corona-Krise. Das mag ungerecht erscheinen, wenn man bedenkt, dass beispielsweise der britische Premier Boris Johnson, trotz seines im Vergleich zu Macron viel unseriöseren und wirreren Kurses, auf über 60 Prozent Zustimmung kommt.

Aber in Frankreich waren schon zuvor Macrons Spar-Reformen auf sehr breite Ablehnung gestoßen. Durch verächtliche Sprüche hatte der junge Staatschef seinen Ruf als „arroganter Präsident der Reichen“ verfestigt.

Im Vorjahr hatte der Aufstand der „Gelbwesten“ und anschließend die sechswöchige Streikbewegung der Eisenbahner und Pariser Öffis gegen Macrons Rentenreform laut Umfragen jeweils die Zustimmung der Bevölkerungsmehrheit gefunden. Die Autorität des Staatschefs wurde abermals schwer erschüttert.

Dazu kamen nach Ausbruch der Corona-Epidemie widersprüchliche Signale und plumpe Vertuschungsversuche angesichts der Schwächen des Gesundheitssystems, etwa dem Mangel an Intensivbetten, an Schutzausrüstung und an Tests.

Ein Teil der Probleme hängt mit unsinnigen finanziellen Vorgaben an die öffentlichen Spitäler zusammen. Bürokratische Hürden und der Leerlauf der oft aufgeblähten Verwaltungsstrukturen fielen aber ebenfalls ins Gewicht. Gleichzeitig machte sich die Verlagerung von Industrieanlagen nach Asien, etwa bei der Herstellung von Beatmungsgeräten und Medikamenten, schmerzlich bemerkbar.

Diesbezüglich hat Macron inzwischen mehrfach Selbstkritik geäußert und einen wirtschaftspolitischen Prioritätenwechsel in Aussicht gestellt. Bei einem Spitalsbesuch am vergangenen Freitag, als ihn Pfleger/innen und Ärzte/innen mit Kritik und Hohn überschütteten, gestand er erneut: „Wir haben Fehler begangen, das ist auch für mich sehr hart“. Jetzt aber müsse „Schluss sein, mit dieser Verarmung der Spitäler. Wir werden investieren“. Eine Krankenschwester antwortete: „Wir glauben ihnen nicht mehr“.